

Steuerrabatt ist keine Familienpolitik

Familie stärken tönt gut. Über Steuern – das ist hinlänglich bekannt – ist aber keine wirksame Familienpolitik zu machen. Bereits der Titel der „Familieninitiative“ der CVP mit dem Schlagwort „Stärkung der Familie“ ist Augenwischerei, irreführend und straft Familien mit geringeren Einkommen doppelt. „Profitieren werden einkommensstarke Haushalte mit Kindern“, mahnte kürzlich unsere Finanzministerin Evelyne Widmer-Schlumpf. Die Initiative verlangt steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen. Diese Zulagen sind aber eine Einkommensergänzung. Im Gegenzug können Familien in der Steuererklärung Kinderabzüge geltend machen. Diese Kinderabzüge sollen jetzt massiv erhöht werden. Die Folge sind Einnahmehausfälle in der Höhe von rund einer Milliarde Franken bei Bund, Kanton und Gemeinden. Die Hälfte aller Familien würde davon kaum etwas spüren, weil bei den tieferen Einkommen ohnehin keine direkten Bundessteuern anfallen. Profitieren würden somit einmal mehr die Familien mit den höheren Einkommen. Den Steuerausfall aber belastet die gesamte Bevölkerung. Denn angesichts der leeren Staatskassen müsste die fehlende Milliarde wieder über Sparpakete ausgeglichen werden. Das aktuelle Sparprogramm des Kantons zeigt deutlich, dass immer dort gespart wird, wo es den Familien weht tut, nämlich bei der Bildung. Familien stärken wäre eine wichtige und sinnvolle Aufgabe. Mit der Milliarde Franken könnten direkt und wirkungsvoll einkommensschwächere Familien unterstützt werden oder auch kostengünstige Betreuungsangebote, Kindergutschriften und angepasste Bildungsangeboten bereitgestellt werden. Steuerpolitik ist kein geeignetes Instrument für eine wirksame Familienpolitik. Deshalb sage ich am 8. März NEIN zu dieser ungerechten Familieninitiative.

5.2.2015; Martina Munz, Nationalrätin